

**Bundesrat**

**Drucksache 261/10**

**29.04.10**

**Gesetzesantrag**  
des Landes Schleswig-Holstein

---

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Zivilprozessordnung  
und des Arbeitsgerichtsgesetzes**

Der Ministerpräsident  
des Landes Schleswig-Holstein

Kiel, den 28. April 2009

An den  
Präsidenten des Bundesrates  
Herrn Bürgermeister  
Jens Böhrnsen  
Präsident des Senats der  
Freien Hansestadt Bremen

Sehr geehrter Herr Präsident,

die schleswig-holsteinische Landesregierung hat beschlossen, dem Bundesrat den

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Zivilprozessordnung  
und des Arbeitsgerichtsgesetzes

mit dem Antrag zuzuleiten, dass der Bundesrat diesen erneut gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG im Bundestag einbringen möge.

Der Gesetzentwurf entspricht der vom Bundesrat in seiner 836. Sitzung am 21. September 2007 beschlossenen Fassung in Drucksache 439/07 (Beschluss). Von einer erneuten Beifügung der Vorlage wird daher abgesehen.

Ich bitte Sie, den Gesetzentwurf gemäß § 36 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates auf die Tagesordnung der Sitzung des Bundesrates am 7. Mai 2010 zu setzen und eine sofortige Sachentscheidung herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Harry Carstensen